

Französische Atomwaffen in Deutschland?



Friedrich Merz will keine Zeit verlieren! Noch am Tag der Bundestagswahl sprach der designierte Bundeskanzler mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Eines der Themen: Europa soll unabhängiger von den USA werden. Ganz konkret ging es offenbar auch darum, atomar bewaffnete französische Kampffjets nach Deutschland zu verlegen.

Die deutsche Sicherheitsstrategie verlässt sich derzeit darauf, dass der US-Präsident im Ernstfall den Einsatz von Atomwaffen zur Verteidigung seiner europäischen Partner befiehlt. Doch würde Donald Trump das tun? Merz ist davon offenbar nicht mehr überzeugt und greift nun eilig auf, was Macron schon seit geraumer Zeit vorschlägt: eine Ausweitung der französischen (und möglicherweise der britischen) Atomwaffen-Doktrin auf weitere Teile Europas zur Abschreckung gegenüber Russland.

Rafale-Jets und nukleare Marschflugkörper

Die beiden westeuropäischen Atomwaffenstaaten verfügen zusammen über 515 nukleare Sprengköpfe. In Großbritannien sind damit ausschließlich U-Boot-gestützte Trident-Raketen bestückt. Frankreich hingegen verfügt neben ballistischen Atomraketen für seine U-Boot-Flotte auch über nukleare Marschflugkörper, die von Dassault Rafale-Jets abgefeuert werden können. Stationiert sind sie auf dem Flugzeugträger Charles de Gaulle und am Luftwaffenstützpunkt Saint-Dizier, auf halber Strecke zwischen Paris und Straßburg. Landet ein Teil davon bald in Rostock-Laage oder Neuburg an der Donau? Ein französischer Beamter wird mit den Worten zitiert, das »sollte nicht allzu kompliziert sein«. Konkrete Pläne oder Vereinbarungen gibt es zwar noch nicht. Doch die Idee steht im Raum.

Ein französischer Kampfpilot steigt in einen Rafale-Jet
Foto: Sara Keller

Vor der Europawahl im vergangenen Jahr war bereits die Forderung nach europäischen (oder gar deutschen) Atomwaffen laut geworden. Ohne Rüstung Leben hat damals deutlich gemacht, warum diese Idee sowohl politisch undurchdacht als auch völkerrechtswidrig war. Stattdessen liegt der Fokus nun also auf einer engeren Kooperation mit den bestehenden Atommächten: Paris kündigte unlängst »zur Verteidigung Europas« massive Investitionen in neue Rafale-Jets mit nuklearen Hyperschallwaffen sowie die Einrichtung eines weiteren Atomwaffenstützpunktes in Luxeuil-Saint Sauveur an. Unterdessen fordert die polnische Regierung immer lauter eine Einbindung in die nukleare Teilhabe.

Chance für eine neue Sicherheitsarchitektur

Dabei gehört unser Kontinent bereits jetzt zu den Weltregionen, in denen die Gefahr eines Atomkrieges am größten ist. Das Letzte, was Europa braucht, sind noch mehr Atomwaffen! Die vielbeschworene »nukleare Abschreckung« bedeutet letztlich nichts

anderes als eine ständige existenzielle Bedrohung für die Menschheit. Dass Medien und Politik diese Bereitschaft zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen angesichts der geopolitischen Spannungen immer mehr als notwendig darstellen, ist unverantwortlich und unterminiert sowohl den Nichtverbreitungsvertrag als auch jahrzehntelange Abrüstungsbemühungen. Als deutscher ICAN-Partner fordert Ohne Rüstung Leben daher jetzt besonnene Schritte zur nuklearen Deeskalation!

Keine Frage: Um künftig Sicherheit für die Menschen in Europa zu schaffen, muss die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung reformiert, vielleicht sogar völlig neu gedacht werden. Damit ergibt sich eine historische Chance: Rund drei Viertel der Staaten unserer Welt setzen heute bereits auf eine Sicherheitspolitik, die völlig ohne Nuklearwaffen auskommt. Darunter sind Staaten wie Indonesien, Südafrika, Irland und Österreich. Warum sollte das für Deutschland und den Rest Europas nicht auch möglich sein?

Simon Bödecker

Sicherheit ohne Atomwaffen!

Aktionspostkarte an den Bundeskanzler



Atomwaffen sind ein existenzielles Sicherheitsrisiko für die Menschheit. Fordern Sie daher 80 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki gemeinsam mit uns Schritte der Deeskalation und Risikobegrenzung sowie eine neue Friedens- und Sicherheitsordnung ohne Atomwaffen!

Unsere Aktionspostkarte kann sowohl jetzt an den geschäftsführenden Bundeskanzler Olaf Scholz als auch nach der Vereidigung an den neuen Bundeskanzler Friedrich Merz geschickt werden.

Weitere Karten erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711 608396, orl-info@gaia.de.

Diese Aktion finden Sie auch unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Absender/-in

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Bitte mit
95 Cent
freimachen

© Ohne Rüstung Leben - Arndtstraße 31 - 70197 Stuttgart | www.ohne-ruestung-leben.de

An
den Bundeskanzler
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
Atomwaffen sind ein existenzielles Sicherheitsrisiko für die Menschheit!
80 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki fordere ich Sie daher auf:

- Erteilen Sie den Überlegungen zur Stationierung weiterer Atomwaffen in Deutschland und jeder nuklearen Aufrüstung in Europa eine endgültige Absage!
- Unterstützen Sie jetzt Schritte der Deeskalation und Risikobegrenzung, zum Beispiel den Verzicht aller NATO-Staaten auf einen nuklearen Ersteinsatz!
- Setzen Sie sich für eine neue Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa ein, die vollständig auf Atomwaffen verzichtet!

Mit freundlichen Grüßen _____ Datum, Unterschrift



»Klare Antwort auf die wachsende nukleare Rhetorik«

Interview mit Juliane Hauschulz, Referentin für nukleare Abrüstung bei den IPPNW

Vom 3. bis 7. März 2025 kamen die Vertragsstaaten des UN-Atomwaffenverbotsvertrages (AVV) bei den Vereinten Nationen in New York zu ihrer dritten Konferenz zusammen. Juliane Hauschulz, Referentin für nukleare Abrüstung der IPPNW und Vorständin von ICAN-Deutschland, war als Teil einer zivilgesellschaftlichen Delegation bei der Staatenkonferenz.

Liebe Juliane, worum ging es bei der Konferenz?

Derzeit ist das Ziel der Vertragsstaaten, den AVV mit Leben zu füllen – das passiert in Arbeitsgruppen. In New York wurden jetzt die Zwischenergebnisse vorgestellt und unter den Regierungen sowie mit der Zivilgesellschaft diskutiert. Die Staatenkonferenz ist somit ein Meilenstein auf dem Weg der Umsetzung des Atomwaffenverbotes.

Welche Rolle hat die Zivilgesellschaft dabei?

Die Art, wie die Zivilgesellschaft integriert wird, ist für eine UN-Konferenz sehr besonders! Einerseits gibt es die formale Generaldebatte, in welche wir uns einbringen können. Gleichzeitig gibt es »Side Events« zu speziellen Themen, die von der Zivilgesellschaft organisiert werden. Dabei geht es viel um die Betroffenen und Überlebenden aus verschiedenen Weltregionen. Zum Beispiel wurde ein starker Film über Frauen im Atomtestgebiet in Kasachstan gezeigt. Da war die Stimmung sehr emotional, aber gleichzeitig unheimlich herzlich und unterstützend.

Die Bundesregierung hat diesmal – anders als bei den ersten beiden Staatenkonferenzen – nicht beobachtend teilgenommen ...

Ja, das ist schockierend. Deutschland wendet sich so vom einzigen internationalen Forum ab, das derzeit noch über nukleare Abrüstung spricht und verweigert den wichtigen Dialog mit den Betroffenen. Wir haben spontan eine gemeinsame Erklärung aller europäischen ICAN-Partnerorganisationen



formuliert und in die Generaldebatte der Konferenz eingebracht – als klare Antwort auf die wachsende nukleare Rhetorik in Europa!

Wie bewertest du das Ergebnis der Konferenz?

Die Vertragsstaaten haben in ihrer Abschluss-erklärung sehr deutlich gemacht, dass wir den Abschreckungsdiskurs in einen Abrüstungsdiskurs umwandeln müssen! Wie wertvoll die Konferenzen dafür sind, hat sich wieder gezeigt: Staaten und Menschen, denen sonst oft gesagt wird, sie seien unwichtig, bekommen hier Raum und Handlungsmacht. Ende 2026 wird die erste große AVV-Überprüfungskonferenz stattfinden. Bis dahin ist es unser Auftrag, alle europäischen Staaten dazu zu bewegen, sich mit dem Atomwaffenverbot auseinanderzusetzen und ihm möglichst bald beizutreten!

Vielen Dank für diese Einblicke und eure großartige Arbeit in New York!

Die Fragen stellte **Simon Bödecker**

Die Erklärung der europäischen ICAN-Partner und viele weitere Informationen zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.

Juliane Hauschulz spricht in der Generaldebatte der AVV-Konferenz
Foto: ICAN / Derek French



Foto: Simon Bödecker

Am Samstag, den 17. Mai 2025, findet zwischen 11 und 15 Uhr der 8. Kirchliche Aktionstag vor dem Haupttor des Fliegerhorstes Büchel in der Eifel statt. Er bietet die Gelegenheit, in gemeinschaftlicher Stimmung ein Zeichen gegen die US-Atomwaffen in Deutschland zu setzen.

Die Predigt beim ökumenischen Gottesdienst halten diesmal die pfälzische Kirchenpräsidentin

Noch einmal nach Büchel!

Kirchlicher Aktionstag gegen Atomwaffen

Dorothee Wüst und der Speyerer Weihbischof Otto Georgens. Hinzu kommen ein buntes Kulturprogramm, inhaltliche Impulse zum Thema Atomwaffen (unter anderem von Ohne Rüstung Leben), das beliebte gemeinsame Mittagessen unter freiem Himmel und reichlich Gelegenheiten zum Austausch.

Ein Reisebus des Forum Friedensethik (FFE) fährt wieder vom Karlsruher Hauptbahnhof nach Büchel und zurück – für eine entspannte Anreise aus dem Südwesten (Anmeldung nötig).

Nutzen Sie die Chance und kommen Sie noch einmal zum friedlichen Protest vor den Atomwaffenstützpunkt in Büchel. Die Projektgruppe »Kirchen gegen Atomwaffen« hat angekündigt, dass dies der letzte Kirchliche Aktionstag in dieser Form sein wird.

Simon Bödecker

Aktuelles zu Programm und Anreise sowie Berichte von allen bisherigen Aktionstagen finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.



Friedensfähig statt kriegstüchtig werden

Ökumenisches Friedenszentrum zum Kirchentag in Hannover

gegenwärtige Militarisierung der Politik und unserer Gesellschaft hörbar zu machen«. In den Räumen der ver.di-Höfe, nur wenige hundert Meter vom Hauptbahnhof entfernt, wird hierzu der *Christliche Friedensruf Hannover 2025* öffentlich verabschiedet. Auf dem Programm steht außerdem ein Austausch mit Landesbischof Friedrich Kramer (Friedensbeauftragter der EKD) zur Entwicklung der Friedensethik in den letzten Jahren. Ergänzend werden Vor-

träge von Fernando Enns (DMFK) und Jochen Cornelius-Bundschuh (AGDF) sowie zahlreiche Workshops zu aktuellen Themen angeboten. Schirmfrau des Friedenszentrums ist die ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann.

Simon Bödecker

Das vollständige Programm des Friedenszentrums finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Grafik: Initiative Christlicher Friedensruf Hannover 2025

Ohne Rüstung Leben unterstützt das Ökumenische Friedenszentrum und die unabhängige Friedenssynode, die vom 1. bis 3. Mai 2025 zeitgleich mit dem Evangelischen Kirchentag in Hannover stattfinden.

Ziel der Veranstaltungen ist es, »eine mutige, starke, beherrzte christliche Stimme gegen die

Warum Deutschland das Atomwaffenverbot unterstützen sollte

Vor 80 Jahren vernichteten zwei Atombomben die Großstädte Hiroshima und Nagasaki. Sie töteten binnen kürzester Zeit mehr als 210.000 Menschen und verursachen bis heute schwerste Geburtschäden. Die Überlebenden mahnen immer wieder: Atomwaffen bedrohen unsere Sicherheit allein durch ihre Existenz!

Katastrophale humanitäre Folgen

Würde heute eine Atomrakete auf eine Großstadt abgefeuert, wären Millionen Menschen binnen Sekunden tot. Das Komitee des Roten Kreuzes warnt, dass keine medizinische Versorgung der Überlebenden möglich wäre. Betroffen wäre dabei vor allem die Zivilbevölkerung – unter anderem deshalb hat der Internationale Gerichtshof 1996 die Drohung mit und den Einsatz von Atomwaffen für generell völkerrechtswidrig erklärt. Dennoch verfügen neun Staaten weltweit über mehr als

12.000 nukleare Sprengköpfe zur »nuklearen Abschreckung«. Für den Fall eines Angriffes auf sich oder ihre Bündnispartner drohen diese Länder mit einem nuklearen Gegenschlag – die meisten schließen auch einen Ersteinsatz nicht aus! Die Menschheit derart für die eigenen Sicherheitsinteressen in Geiselschaft zu nehmen, ist nicht nur ethisch verwerflich. Es führt auch dazu, dass sich diese Staaten zu wenig um Diplomatie und die Beilegung von Konflikten bemühen.

Deutschland ist unmittelbar betroffen

Vor allem aber sind Atomwaffen extrem riskant! Etwa 2.100 Atomraketen sind in höchster Alarmbereitschaft. Die Launch-on-warning-Strategie sieht vor, sie im Falle einer Angriffswarnung sofort abzufeuern. Sind die Raketen erst einmal in der Luft, beginnt eine unaufhaltsame Kettenreaktion, die die gesamte Menschheit auslöschen könnte.

Weltweit setzen sich Menschen für ein Verbot aller Atomwaffen ein – hier ein Treffen junger Delegierter in Hiroshima
Foto: ICAN



Anzahl der Atomsprengeköpfe weltweit

Stand: Januar 2024

Russland	5.580
USA	5.044
China	500
Frankreich	290
Großbritannien	225
Indien	172
Pakistan	170
Israel	90
Nordkorea	50

Quelle: Friedensforschungsinstitut SIPRI
Foto: gemeinfrei

Die Geschichte zeigt, wie groß die Gefahr eines Irrtums ist: Als die sowjetischen Alarmsysteme im Jahr 1983 (fälschlicherweise!) einen Angriff der USA meldeten, verhinderte allein das mutige und befehlswidrige Handeln des diensthabenden Offiziers Stanislav Petrow einen Atomkrieg.

Auf dem Fliegerhorst Büchel warten rund 15 US-Atombomben vom Typ B61-12 auf ihren Einsatz. Im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO stehen deutsche Atombomber (kürzlich wurden für 10 Milliarden Euro neue F-35A bestellt) sowie Pilotinnen und Piloten bereit, um sie ins Ziel zu fliegen und abzuwerfen. Darüber hinaus wird über die Stationierung französischer Atomwaffen auf deutschem Boden nachgedacht. Unabhängig davon ist schon heute klar: Im Fall eines Atomkrieges in Europa wäre Deutschland ein wahrscheinliches Ziel – und die Menschen hierzulande ganz unmittelbar betroffen!

Die Lösung: Das UN-Atomwaffenverbot

Fast alle Regierungen bekennen sich zum Ziel einer atomwaffenfreien Welt. Seit den 1970er-Jahren ruhte die Hoffnung auf den großen Atommächten, die sich in Artikel 6 des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) zu vollständiger Abrüstung verpflichtet haben. Doch diese Zusage wurde nie erfüllt. Im Gegenteil: In den letzten Jahren sind Rüstungskontrollabkommen gekündigt worden; die weltweiten Ausgaben für Nuklearwaffen steigen rapide an (2023: über 90 Milliarden US-Dollar) und weitere Länder wie Iran streben nach der Bombe. Um diese gefährliche Entwicklung zu stoppen, haben zahlreiche atomwaffenfreie Staaten und das weltweite ICAN-Bündnis selbst die Initiative ergriffen. Und sie haben das scheinbar Unmögliche erreicht: den UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV)!

Der AVV verbietet allen Mitgliedsstaaten Entwicklung, Besitz, Weitergabe, Stationierung, die Drohung mit und den Einsatz von Kernwaffen. Damit setzt er der Untätigkeit der Atommächte eine starke völkerrechtliche Norm entgegen und gibt eine konkrete Antwort auf die nukleare Bedrohung! Außerdem sieht er erstmals internationale Programme zur Unterstützung der Millionen Menschen vor, die von Atomtests betroffen sind. Anfang 2025 waren 73 Staaten dem Vertrag vollständig beigetreten; 21 weitere hatten bereits unterzeichnet. Und es werden stetig mehr!

Was die Politik tun sollte

Angesichts der aktuellen geopolitischen Entwicklungen werden Rufe nach mehr Atomwaffen laut. Dabei bedeutet »nukleare Abschreckung« nichts anderes als eine enorme Unsicherheit für die allermeisten Staaten der Welt und eine ständige Bedrohung für die Menschheit! Die Bundesregierung wäre daher gut beraten, sich weiter für Risikobegrenzung – etwa einen Verzicht auf nukleare Ersteinsätze – und gemeinsame Abrüstungsschritte der Großmächte einzusetzen! Perspektivisch sollte Deutschland die nukleare Teilhabe beenden und gemeinsam mit anderen europäischen Staaten dem UN-Atomwaffenverbot beitreten. Als wichtiges Zeichen der Deeskalation und als bedeutenden Schritt zu einer Friedens- und Sicherheitsordnung ohne Atomwaffen!

Simon Bödecker, März 2025

Ohne Rüstung Leben ist offizieller deutscher ICAN-Partner und Gründungsmitglied im »Aktionsbündnis atomwaffenfrei.jetzt«. Aktuelle Informationen zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.



In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

Schnell, präzise und brandgefährlich

Erstmals seit dem Ende des Kalten Krieges ist geplant, ab 2026 wieder US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland zu stationieren. Offiziell sollen sie dazu dienen, Europa gegen Russland zu verteidigen. Doch die Stationierung birgt große Risiken! Wir fassen die wichtigsten Punkte zusammen.

Welche Mittelstreckenwaffen sind im Gespräch?

Drei landgestützte US-Waffensysteme sollen ab 2026 nach Deutschland kommen: SM-6-Raketen, Tomahawk-Marschflugkörper (mit Reichweiten bis zu 1.700 km) und Dark-Eagle-Hyperschallwaffen. Letztere können mit ihrer Geschwindigkeit von über 20.000 km/h und einer Reichweite von 2.700 km binnen Minuten nahezu den gesamten europäischen Teil Russlands erreichen. Die US-Waffen werden nicht nuklear bestückt! Sie sollen mindestens so lange bleiben, bis Deutschland gemeinsam mit weiteren Staaten eigene Mittelstreckenwaffen entwickelt hat (Projekt ELSA).

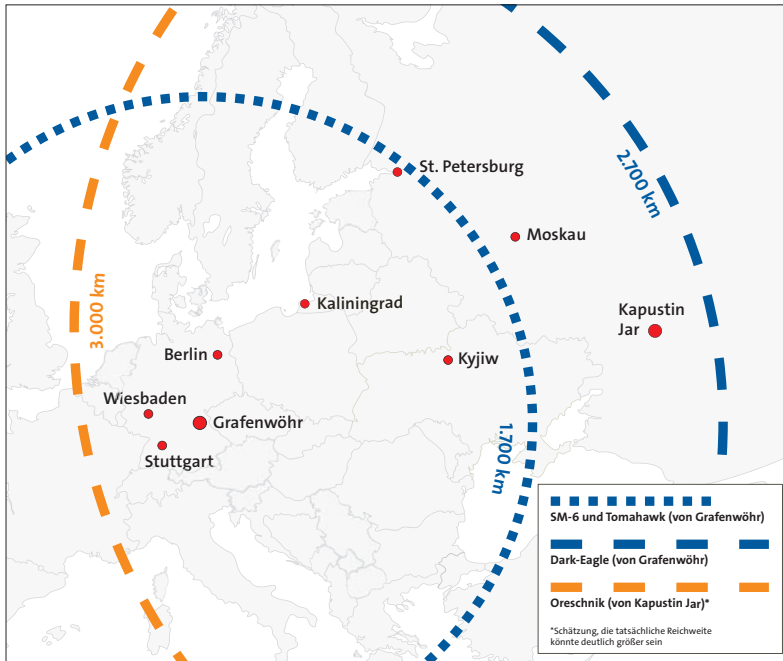
Die US-Mittelstreckenwaffen sind Teil einer Strategie, die weltweit eine militärische Dominanz der US-Streitkräfte sichern soll. Sie werden dazu der zweiten von insgesamt fünf Multi-Domain Task Forces der US Army zugeordnet. Bereits seit September 2021 wird dieser schnelle und flexible Verband von Wiesbaden aus gesteuert; das Oberkommando hat das US-EUCOM in Stuttgart. Als möglicher (aber bisher unbestätigter) Stationierungsort wird die 41. Feldartillerie-Brigade in Grafenwöhr (Bayern) gehandelt. Die Waffen können mit ihren mobilen Startrampen jedoch schnell und unauffällig verlegt und von nahezu jedem Ort aus abgefeuert werden.

Warum musste der Bundestag nicht zustimmen?

Die Entscheidung über die Stationierung der Waffen ist bilateral zwischen der US-Regierung und der Bundesregierung getroffen worden – es handelt sich nicht um einen NATO-Beschluss! Der Bundestag wurde vorab nicht über die Pläne informiert

Auch Dark-Eagle-Hyperschallwaffen sollen nach Deutschland kommen
Foto: U.S. Army





Reichweiten der landgestützten russischen und US-Mittelstreckenwaffen

und hatte keine Möglichkeit zur Mitsprache. Gemäß dem sogenannten *Aufenthaltsvertrag* ist eine Einbindung des Parlamentes tatsächlich formal auch nicht nötig. Aus demokratischer Sicht ist es jedoch skandalös, dass über diese weitreichende Entscheidung vorab keinerlei öffentliche Debatte stattfand!

Unverantwortliche Eskalation in Ost und West

Eine »Fähigkeitslücke« des Westens gegenüber Russland wird als Begründung für die Stationierung angeführt. Doch das ist unglaublich: Zahlreiche NATO-Staaten verfügen über see- und luftgestützte Waffen mit Reichweiten bis weit über Moskau hinaus. »Generell sind die Luft- und Seestreitkräfte der NATO denen Russlands qualitativ und quantitativ weit überlegen«, betont etwa der Oberst a.D. Wolfgang Richter. Die neuen, landgestützten US-Waffen dienen vielmehr dazu, präemptiv – also vorbeugend – strategische Ziele zerstören zu können. Mit den schnellen, präzisen und schwer abzufangenden Raketen könnten die USA russische Atomwaffenstützpunkte, Flugplätze oder Kommandozentralen binnen Minuten – also nahezu ohne Vorwarnzeit – angreifen.

Moskau entwickelt bereits seit einiger Zeit ebenfalls landgestützte Mittelstreckenwaffen mit vergleichbaren Fähigkeiten. Im November 2024 hat Russland bei Angriffen auf die ukrainische Stadt Dnipro erstmals eine nuklear bestückbare Oreschnik-Rakete eingesetzt, die binnen Minuten auch Deutschland erreichen könnte.

Europa ist also mitten in einem neuen Wettrüsten. In der aktuellen instabilen Situation noch mehr und noch schlagkräftigere Waffen zu stationieren, ist eine unverantwortliche Eskalation beider Seiten. Die großen Reichweiten und immer kürzeren Vorwarnzeiten sorgen nicht für Sicherheit – ganz im Gegenteil: Das Risiko eines irrtümlichen oder gewollten Angriffs wächst dadurch deutlich!

Die Aufrüstungsspirale durchbrechen!

Daher ist es unverständlich, dass aktuell – anders als im NATO-Doppelbeschluss von 1979 – keine Abrüstungsverhandlungen angestrebt werden. Die jüngste europäische Geschichte zeigt, dass Rüstungskontrollverträge und Strukturen der gemeinsamen Sicherheit der einzige Weg sind, um Konfrontationen beizulegen und Aufrüstungsspiralen zu durchbrechen. Der INF-Vertrag von 1987 hatte die Vernichtung aller landgestützten Mittelstreckenwaffen der USA und der Sowjetunion zur Folge. Er läutete so das Ende des Kalten Krieges und eine Epoche gemeinsamer Sicherheit in Europa ein.

Jetzt brauchen wir neue Impulse für Rüstungskontrolle, Abrüstung und gemeinsame Sicherheit! Dafür ist es nötig, die Entwicklung, Produktion und Stationierung von neuen Mittelstreckenwaffen in Ost und West zu stoppen. Als Gründungsmitglied der Kampagne »Friedensfähig statt erstschlagfähig!« setzt sich Ohne Rüstung Leben mit Nachdruck für dieses Ziel ein.

Simon Bödecker, März 2025

Aktuelle Informationen zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/mittelstreckenwaffen.



In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

Nicht den Trumps und Putins überlassen!

Nachhaltiger Frieden für die Ukraine

Donald Trump ist erst wenige Wochen im Amt und schon wird deutlich: Völkerrecht und Menschenrechte waren gestern. Für die neue US-Regierung gilt das Recht des Stärkeren! Davon zeugen die Rede von JD Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz genauso wie die inszenierte Bloßstellung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Washington.

Europas Regierungen wirken angesichts dieser Entwicklung völlig unvorbereitet und konzeptlos. Reflexartig wird nach noch mehr Waffen gerufen – dabei ist das eigentliche Problem ein völlig anderes: Seit drei langen Jahren setzt Europa in der Ukraine vor allem auf die militärische Karte. Erreicht wurde kaum mehr als ein Abnutzungskrieg. Und noch immer gibt es keinen europäischen Plan für einen Weg aus der Gewalt; keine Vision für die Zeit danach. Dieses Versäumnis zeigt sich jetzt in erschreckender Deutlichkeit.

Mehrheit für Verhandlungen

Seit drei Jahren fordern Ohne Rüstung Leben und seine Partnerorganisationen einen Prozess für nachhaltigen Frieden in der Ukraine. Und auch die Mehrheit der Ukrainerinnen und Ukrainer ist laut einer Umfrage des Gallup-Institutes inzwischen für Verhandlungen! In einem Gastbeitrag in der *Frankfurter Rundschau* haben wir unsere Position am 24. Februar 2025 nochmals betont: Wer Frieden erreichen will, muss die Menschen vor Ort einbinden und die strukturellen Konfliktursachen in der Ukraine sowie zwischen den Großmächten berücksichtigen. »Die Bundesregierung muss sich daher konstruktiv für einen zeitnahen Waffenstillstand und eine internationale Friedenskonferenz einsetzen, an der neben der Ukraine und Russland auch die Vereinten Nationen und die Zivilgesellschaft beteiligt werden«, schreiben wir in dem Artikel.

Völkerrecht statt Machtpolitik

Anstatt über den Einsatz von NATO-Truppen ohne UN-Mandat in der Ukraine nachzudenken, sollten die europäischen Regierungen jetzt Initiativen im Sinne des Völkerrechts und der Menschenrechte vorantreiben. Auch um die Staaten des Globalen Südens zurückzugewinnen, die gerade ihr restliches Vertrauen in die »westlichen Werte« verlieren. Der Ukraine-Krieg macht auf schmerzliche Weise deutlich, wie dringend die Vereinten Nationen gestärkt und weiterentwickelt werden müssen – um die künftige Weltordnung nicht »Dealmakern« wie Donald Trump oder Aggressoren wie Wladimir Putin zu überlassen.

Simon Bödecker

Mehr zum Thema unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/ukraine-krieg.

Aktion unseres Bündnisses »Stoppt das Töten in der Ukraine« am 21. Februar 2025 im Berliner Regierungsviertel
Foto: Hendrik Haßel





Rüstungs- exportkontrolle stärken!

Der massive Ausbau der Rüstungsproduktion
kann Exporte in alle Welt befördern

Zeichen der Aufrüstung: Im traditionsreichen Görlitzer Waggonbau-Werk werden künftig Panzer gebaut
Foto: dpa

In Berlin und Brüssel stehen die Zeichen auf Rüstung: Die vermutlich neue Koalition in Berlin will Milliardenschulden fürs Militär aufnehmen und die EU-Kommission ruft mit ihrem »ReArm Europe«-Plan nach Wiederaufrüstung. Während es hier ganz schnell gehen soll, gerät die Rüstungsexportkontrolle immer weiter ins Hintertreffen. Ein gefährliches Ungleichgewicht.

Auf den Plan von CDU/CSU und SPD, künftig einen großen Teil der Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse auszunehmen, hat Ohne Rüstung Leben schnell reagiert: Mit einem Protestbrief an die Abgeordneten des Bundestages stellten wir uns klar gegen das Vorhaben. Am 18. März 2025 hat der bereits abgewählte Deutsche Bundestag jedoch auf den letzten Drücker der Grundgesetzänderung zugestimmt – mit den Stimmen von Union, SPD und Grünen. Nun kommt es auf die jährlichen Haus-

haltsverhandlungen an, den Raum für differenzierte Debatten zu bieten, die das überstürzte Vorgehen fatalerweise nicht ermöglichte.

Es ist unstrittig, dass die europäische Sicherheitsarchitektur in einer tiefen und bedrohlichen Krise steckt. Die richtige Reaktion darauf ist aber nicht ein Freibrief für unbegrenzte Rüstungs-Schulden, sondern eine Politik mit Weitsicht, die kluge Entscheidungen im Sinne einer regelbasierten Ordnung und gemeinsamer Sicherheit trifft!

Menschenrechte und Völkerrecht statt vager strategischer Interessen

Das gilt auch für die deutsche Rüstungsexportkontrolle, die zunehmend im Kontext vager strategischer Interessen gesehen wird und nicht mehr unter dem Vorrang menschen- und völkerrechtlicher

Verpflichtungen. So wird sie der Langlebigkeit und Gefährlichkeit von Rüstungsgütern nicht gerecht. Daher setzt sich Ohne Rüstung Leben während der Koalitionsverhandlungen mit Nachdruck dafür ein, dass internationale Verpflichtungen endlich auch in der Rüstungsexportpolitik eingehalten werden. Es darf keine deutschen Exporte an menschen- oder völkerrechtsverletzende Staaten geben; Rüstungsexporte dürfen nicht zur geopolitischen Verfügungsmasse verkommen! Wir sind weiterhin überzeugt, dass ein restriktives nationales Rüstungsexportkontrollgesetz und ein Verbandsklagerecht die richtigen Instrumente sind, um dies sicherzustellen.

Auch auf EU-Ebene muss sich die künftige Bundesregierung für eine deutliche Verbesserung der Rüstungsexportkontrolle einsetzen. Denn die europäische Rüstungszusammenarbeit wird zunehmend gefördert; beispielsweise durch Finanzierungsinstrumente wie den Europäischen Verteidigungsfonds oder die erstmalige Ernennung eines Kommissars für Verteidigung. Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Rüstungsindustrie soll gestärkt und die Produktionskapazitäten massiv ausgebaut werden. Die produzierten Waffen und Rüstungsgüter dann auch auf dem Weltmarkt anzubieten, wird nicht ausgeschlossen, sondern vielmehr unterstützt. Während Brüssel die Rüstungszusammenarbeit stärkt, verliert es eine restriktive Exportkontrolle immer mehr aus dem Blick.

Europäischen und internationalen Regeln zur Durchsetzung verhelfen

Daher fordern wir die künftige Bundesregierung auf, in Europa glaubwürdig als Vorreiterin für die dringend benötigte Durchsetzung und Verschärfung bestehender EU-Kriterien einzutreten. In einem ersten Schritt sollte sie sicherstellen, dass bei Exporten aus europäischen Rüstungsk Kooperationen der bereits bestehende und verbindliche *Gemeinsame Standpunkt zu Rüstungsexporten* und der internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) endlich uneingeschränkt angewendet werden!

Damit würde Deutschland nicht, wie so oft behauptet, einen restriktiven Sonderweg beschreiten, sondern lediglich den bestehenden europäischen und internationalen Regeln zur Durchsetzung verhelfen! Die Kosten unverantwortlicher Exporte in alle Welt tragen am Ende die Menschen in autoritären Regimen und in Krisengebieten, die vor Krieg, Gewalt und Unterdrückung fliehen müssen. Wettbewerbsfähigkeit darf nicht auf dem Rücken Dritter ausgetragen werden und auch nicht zulasten der europäischen Sicherheit gehen.

Charlotte Kehne

Weitere Informationen zu unserem Engagement während der Koalitionsverhandlungen finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Rechtsanwalt
Holger Rothbauer
spricht als Kritischer
Aktionär auf einer
Daimler-Haupt-
versammlung
Foto: Archiv

Stichwort: Kritische Aktionärinnen und Aktionäre

Einmal im Jahr müssen Aktiengesellschaften eine Hauptversammlung abhalten, auf der ihre Aktionärinnen und Aktionäre ein Rede-, Frage- und Stimmrecht haben. Diesen Umstand machen sich die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zunutze: Sie kaufen Aktien, beispielsweise von Rüstungsunternehmen, um Vorstand und Aufsichtsrat bei den Versammlungen öffentlich mit ihrer Kritik zu konfrontieren.

Ohne Rüstung Leben gehört seit Anfang der 1990er-Jahre dazu und ist Mitglied im Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre. Auch in diesem Jahr werden wir gemeinsam mit unseren Kooperationspartnern bei den Hauptversammlungen von deutschen Rüstungsunternehmen wie Rheinmetall, Daimler Truck, Hensoldt und Heckler & Koch präsent sein.

www.kritischeaktionaeere.de

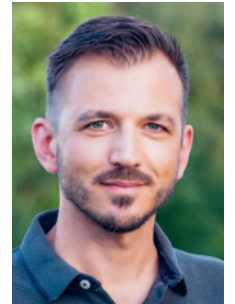


Liebe Leserin, lieber Leser,

seit der Bundestagswahl überschlagen sich die Ereignisse: erschreckende Nachrichten aus Ost und West, diffuse Bedrohungsszenarien und hunderte Milliarden aus Berlin und Brüssel für eine überstürzte Aufrüstung in bislang unvorstellbarem Ausmaß. Man kann der aktuellen Weltpolitik kaum noch folgen – geschweige denn, einen ruhigen, informierten Gedanken fassen. Geht es Ihnen auch so?

In dieser Ausgabe unserer Zeitung wollen wir dem entgegenwirken: mit akribisch recherchiertem Hintergrundwissen und nachdenklichen Impulsen. Und natürlich vielen Möglichkeiten für Sie, selbst aktiv zu werden! Tagesaktuell informieren wir wie immer zusätzlich im Nachrichten-Bereich unserer Webseite. Dort finden Sie jetzt zum Beispiel die Termine der anstehenden Ostermärsche.

Ohne Rüstung Leben sorgt weiterhin dafür, dass Aufrüstungspläne und Militarisierung nicht unwidersprochen bleiben. Mit Ihrer Unterstützung sind wir eine unbeirrbar Stimme für ein friedensfähiges Deutschland. Danke, dass Sie an unserer Seite sind!



Ich wünsche Ihnen einen friedlichen Frühlingsanfang

Ihr 

Simon Bödecker

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014 CLASSIC+4 PRESSEPOST Deutsche Post 

Impressum
Herausgeber
Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher Redakteur
Simon Bödecker

Auflage
15.000

Informationen zum Datenschutz
www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz

Redaktionsschluss
18. März 2025



Inhalt

- 1 | Titel**
Französische Atomwaffen in Deutschland?
- 2 | Aktion**
Sicherheit ohne Atomwaffen!
- 3 | Aktuell**
»Klare Antwort auf die nukleare Rhetorik«
Interview mit Juliane Hauschulz
- 4 | Aktion**
Kirchlicher Aktionstag gegen Atomwaffen
- 4 | Aktion**
Ökumenisches Friedenszentrum zum Kirchentag in Hannover

- 5 | kompakt**
Warum Deutschland das Atomwaffenverbot unterstützen sollte
- 7 | kompakt**
Mittelstreckenwaffen in Europa
- 9 | Aktuell**
Nachhaltiger Frieden für die Ukraine
- 10 | Aktuell**
Rüstungsexportkontrolle stärken!

Spenden

Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEFIEK1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden